

## Anno ... 30. Woche

**1793, 23. Juli:** Preußische Truppen erobern nach viermonatiger Belagerung die Festung Mainz von den Franzosen. Mit deren Kapitulation endet die am 18. März 1793 ausgerufene Mainzer Republik. Der Naturforscher Georg Forster, Mitglied des Mainzer Jakobinerklubs, befindet sich zu dieser Zeit als Delegierter der Republik in Paris. Dort hatte er beim Nationalkonvent den Anschluss an Frankreich beantragt.

**1848, 24.-27. Juli:** Die »Polendebatte« der Frankfurter Nationalversammlung endet mit der Zustimmung zur Aufnahme von Abgeordneten aus der von Preußen annektierten polnischen Provinz Posen in die Nationalversammlung. Damit wird die Annexion dieses Teils von Polen durch Preußen sanktioniert. Friedrich Engels kritisiert den Beschluss in der *Neuen Rheinischen Zeitung*: »Die Herstellung eines demokratischen Polens ist die erste Bedingung der Herstellung eines demokratischen Deutschlands«.

**1923, 24. Juli:** Die internationale »Orientkonferenz« in Lausanne führt zur endgültigen Anerkennung der Türkei als souveränem Staat und zur Annullierung des nach dem Ersten Weltkrieg geschlossenen Friedensvertrags von Sèvres. Dabei wird die Entmilitarisierung der Meerengen festgelegt und die freie Durchfahrt für Schiffe jeder Nationalität garantiert. Griechenland muss Ostthrakien und Izmir (Smyrna) an die Türkei, den Dodekanes an Italien abtreten.

**1953, 24.-26. Juli:** Auf der 15. Tagung des ZK der SED wird mit der »revisionistischen« und »kapitulantenhaften« Gruppe um Wilhelm Zaisser und Rudolf Herrnstadt abgerechnet. Beide werden aus dem ZK ausgeschlossen. Das Politbüro wird neugewählt, das Sekretariat verkleinert und personell umbesetzt.

**1953, 26. Juli:** Unter Leitung von Fidel Castro stürmen kubanische Revolutionäre die Moncada-Kaserne in Santiago de Cuba. Der Angriff scheitert, die Teilnehmer werden festgenommen. Castro nutzt am 16. Oktober 1953 den Prozess gegen ihn zur Darlegung des Programms der von ihm angeführten Bewegung.

**1993, 23. Juli:** Der tschechische Staatspräsident Václav Havel unterzeichnet das kurz zuvor von der Parlamentsmehrheit gebilligte »Gesetz über die Unrechtmäßigkeit des Kommunismus«. Es tritt als antikommunistische Staatsdoktrin offiziell am 1. August in Kraft. Das Gesetz ist eines der ersten dieser Art nach dem Untergang der sozialistischen Staaten in Europa.

<https://www.jungewelt.de/artikel/336425.anno-30-woche.html>